



**die lobby für kinder**

Deutscher Kinderschutzbund  
Landesverband  
Schleswig-Holstein e.V.  
Beselerallee 44 - 24105 Kiel  
Tel. 0431 / 805249  
Fax 0431 / 82614

Mail : [info@kinderschutzbund-sh.de](mailto:info@kinderschutzbund-sh.de)

**Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 16/669**

An den  
Sozialausschuss  
des Schleswig-Holsteinischen Landtags

### **Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Rauchfreier öffentlicher Raum**

Als Kinderrechtsorganisation arbeiten wir für die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes in der Bundesrepublik Deutschland. Dort heißt es in Art. 24 „Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit ... an“. Davon sind wir in der Bundesrepublik an vielen Stellen noch weit entfernt.

Der Schutz von Kindern, vor den erwiesenen Folgen des Passivrauchens gehört sicherlich dazu und wird noch zu wenig öffentlich diskutiert. Deshalb begrüßt es der Deutsche Kinderschutzbund, wenn der Landtag sich verpflichten würde als „Rauchfreies Vorbild“ zu fungieren, wie es auch von der Deutschen Krebshilfe gefordert wird.

Gesellschaftlich gehört Nikotinabhängigkeit zu der am ehesten tolerierten Sucht. Daher ist es aus unserer Sicht besonders wichtig, zunächst gesellschaftlich noch mehr darüber aufzuklären, dass nicht nur RaucherInnen von den Folgen ihres Verhaltens betroffen sind, sondern eben auch die Menschen in ihrem Umfeld. Vor allem bei vom Passivrauchen betroffenen Kindern kann es sehr früh zu Schädigungen kommen.

Im privaten Raum wird nur eigene Einsicht zu Veränderungen führen können. Diese Veränderungen werden aber nur überzeugend gelingen, wenn für das Rauchen im öffentlichen Raum die gesetzlichen Grundlagen für den Schutz von Nichtrauchern angewandt werden. Dies muss im Besonderen für Kinder gelten.

Alle Einrichtungen und Lebensräume, wo Kinder sich aufhalten, sind aus unserer Sicht als „rauchfreie Zonen“ zu deklarieren.

Verbote und Verordnungen als alleinige Maßnahmen reichen jedoch nicht aus. Sie müssen durch Kampagnen, Präventionsangebote, Übergangsmaßnahmen und eine Gleichbehandlung für alle im öffentlichen Raum agierenden Personen begleitet werden.

Nur durch eine Bewusstseinsänderung in unserer Gesellschaft werden wir einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Rauchen erreichen. Das Ziel ist dabei das „erreichbare Höchstmaß an Gesundheit“, oder – wie die WHO fordert – eine umfassende Gesundheitsförderung. Diese soll nicht nur dazu führen, dass ein rund um gesundes Leben für alle möglich wird. Dazu müssen alle beitragen, der Gesetzgeber, die Medien und Organisationen, die mit Kindern und Eltern zu tun haben.

Kiel, 15.03.2006